

Für 1,5 Grad-Ziel USA dürfen kein CO₂ mehr ausstoßen

Ende 2021 haben die Vereinigten Staaten ihr rechnerisches CO₂-Budget erschöpft. Auch Deutschland hat nur noch fünf Jahre Zeit. Das zeigt: Die Emissionen müssen rapide sinken, wenn die Klimakrise eingedämmt werden soll.

Von Bernhard Pötter

23.01.2022, 20.25 Uhr



Foto: Pete Saloutos / Image Source / Getty Images

Für die USA ist die Zeit für effektiven Klimaschutz laut einer aktuellen Rechnung bereits abgelaufen: Als erstes großes Industrieland haben die Vereinigten Staaten seit Beginn des Jahres 2022 ihr CO₂-Budget pro Einwohner aufgebraucht, das ihnen theoretisch für die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze zur Verfügung steht. Das geht aus dem CO₂-Rechner der wissenschaftlich betreuten Website »showyourbudgets« hervor, die Daten rund um die staatlichen CO₂-Budgets zusammenträgt.

Demnach haben die USA ihr Pro-Kopf-Budget für klimaschädliche Emissionen erschöpft, das mit einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit eine weltweite Erwärmung um 1,5 Grad Celsius gegenüber 1850 verhindern würde. 2021 lagen die gesamten US-Emissionen bei etwa 5,5 Milliarden Tonnen CO₂ – doch ab Ende 2021 müssten sie laut »Show your Budget« bei null sein: Der historisch größte CO₂-Verschmutzer hätte damit rechnerisch ab 1. Januar 2022 alle seine klimaschädlichen Emissionen einstellen müssen, um seinen Beitrag zum Klimaziel von 1,5 Grad zu leisten.

»Unser globales CO₂-Budget schrumpft rapide, deshalb ist es so wichtig, dass die [USA](#) die Klimaregeln im Infrastrukturprojekt der Regierung verabschieden«, sagt dazu Tayrn Fansen, Klimaexpertin vom US-Thinktank World Resources Institute. »Alle Länder müssen anerkennen, dass wir schnell handeln müssen, ehe das CO₂-Budget überschritten wird – und dass manche

Länder wie die USA viel mehr von dem Budget ausgegeben haben als andere, weshalb sie schneller ihre Emissionen reduzieren müssen.«

Die Website [»Showyourbudget«](#) errechnet auf einer Pro-Kopf-Basis der Bevölkerung die zulässige Menge von Treibhausgasen für einzelne Staaten. Damit wird gemessen, was die Länder tun müssten, um ihren Anteil am Versprechen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen: nämlich die globale Erhitzung bis 2100 auf »deutlich unter zwei Grad zu begrenzen« und 1,5 Grad anzustreben. Nach dieser Rechnung müssen die USA bis 2027 bei Nullemissionen sein, um wenigstens eine 66-prozentige Chance auf die Einhaltung von 1,8 Grad zu ermöglichen.

Die Kalkulation bezieht sich auf die Emissionen der einzelnen Länder und setzt sie ins Verhältnis zum weltweiten Gesamtbudget, das für 1,5 Grad noch ausgestoßen darf: Laut Uno-Weltklimarat IPCC sind das seit 2018 noch zwischen 420 und 580 Milliarden Tonnen, etwa 15 bis 20 Jahre beim [heutigen Stand der Emissionen](#).

Diese Zahl wird dann weltweit gleichmäßig pro Kopf verteilt und auf die aktuellen Emissionen der Länder bezogen. Klimaschutzgruppen wie Fridays for Future fordern schon lange die Einhaltung eines Pro-Kopf-Budgets, um die Dringlichkeit und die Verteilungsgerechtigkeit bei Klimaschutzmaßnahmen zu betonen.

Für Deutschland mit derzeit [über 770 Millionen Tonnen Treibhausgasen pro Jahr](#) sieht die Rechnung nur unwesentlich besser aus als für die USA: Laut diesem Budget müsste in Deutschland bei jetzigem CO₂-Ausstoß 2027 Schluss mit Emissionen sein, um die 1,5 Grad zu halten. Das offizielle deutsche Ziel der Klimaneutralität für 2045 bringt Deutschland allerdings nur eine 50:50-Chance auf 1,8 Grad.



Foto: SeanGallup / Getty Images

Auch viele andere Länder erschöpfen demnach ihre Pro-Kopf-Emissionen sehr schnell: Kanada hat die 1,5-Grenze bereits ebenfalls überschritten, ebenso wie die Ölstaaten Saudi-Arabien und

die Vereinigten Arabischen Emirate. China wiederum, derzeit größter CO₂-Emittent, hat für 1,5 Grad auch nur noch bis 2030 und für 1,8 Grad höchstens noch bis 2050 Zeit. Die EU als Gesamtheit wiederum schöpft ihr Pro-Kopf Budget nach den Zahlen für 1,5 Grad 2033 aus, für 1,8 Grad bleibt bis 2057 Zeit.

Länder mit großer Bevölkerung und relativ niedrigem CO₂-Ausstoß wiederum haben nach dieser Rechnung noch größeren Spielraum: Indien bis 2079 für 1,5 Grad oder gar 2150 für 1,8 Grad, Bangladesch sogar bis 2196 für eine Zweidrittelchance auf 1,5 Grad und sogar bis 2388 für 1,8 Grad. Der gesamten Welt lässt die Statistik noch bis 2036 Zeit für Nettonull für 1,5 Grad, bei 1,8 Grad sogar bis 2062.

Der Pro-Kopf-Ansatz wird nicht nur in der Klimabewegung, sondern auch in der Wissenschaft unterstützt. 2020 forderte der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), ein Beratungsgremium der Bundesregierung, Deutschland solle seine Klimapolitik an einem [solchen Pro-Kopf-Budget ausrichten](#).

Und schon zum gescheiterten Klimagipfel in Kopenhagen 2009 verlangte der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (WBGU) einen »Kassensturz für den Weltklimavertrag« mit [einem solchen »Budgetansatz«](#).

»Die Rechnung zeigt, dass es für Staaten wie die USA unmöglich geworden ist, das Budget für die 1,5-Grad-Grenze im Inland einzuhalten«, sagt Stefan Rahmstorf, Klimawissenschaftler und Chef der Abteilung Erdsystemanalyse am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, der die »Show your Budgets«-Website wissenschaftlich begleitet hat. »Sie brauchen die Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern, um dort die Emissionen zu kompensieren, die ihr eigenes Budget sprengen.«

Auch Carla Reemtsma, Sprecherin von [Fridays for Future](#), meint, die Statistik zeige, »wie unglaublich schnell die Emissionen sinken müssen«. Wenn jetzt die USA ihr Budget überschritten, zeige das nur, »dass sie umso mehr verantwortlich sind, die Reduktion in anderen Ländern mit viel mehr Geld als bisher zu unterstützen«. Alle Industriestaaten müssten viel mehr Geld als die in Paris vereinbarten 100 Milliarden Dollar jährlich zur Verfügung stellen und »systemische Änderungen« anstoßen: »Es reicht nicht, über ein Tempolimit oder einen höheren CO₂-Preis zu reden«, so Reemtsma. Und man dürfe sich nicht an die schlechte Nachricht gewöhnen, wenn die Budgets überschritten werden: »Jedes Zehntelgrad vermiedene Erwärmung zählt.«